

FRAGEN und Antworten ZU 20 JAHRE WENDE

Vorbemerkung: Der vorgelegte Fragespiegel ist hoch interessant, leider aber auch etwas umfangreich geraten. Ich würde die wissenschaftlichen Werke gerne lesen, die als Antwort auf diese vielen Fragen erst noch geschrieben werden müssen. Die im folgenden gegebenen Antworten sind kein Ersatz für diese Arbeiten, sondern persönliche Stellungnahmen. An anderer Stelle habe ich zu einigen Punkten ausführlichere Argumente veröffentlicht. Ich halte ausführlicheren Debatten für nötig, hier kann ich nur summarisch auf meine Diskussionsbeiträge verweisen.¹

1. Die DDR war ihrem Anspruch nach der Versuch einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen BRD. Hat es Phasen in deinem Leben gegeben, in denen du von der Machbarkeit dieser Alternative überzeugt warst, bzw. wann hast du den Glauben daran verloren?

Im Herbst '89 bin ich 21 Jahre alt geworden und war gerade dabei, meinen Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee als Unteroffizier auf Zeit abzuleisten. Wie viele andere Leute im Lande wollte ich einen anständigen Sozialismus in der DDR und nicht nur dort. Darüber haben wir miteinander diskutiert. Insofern stand für uns nicht das "ob", sondern das "wie" einer sozialistischen Umgestaltung der DDR zur Debatte. Nur aus Ungarn kamen im Sommer '89 schon private Berichte, daß dort gerade der Kapitalismus eingeführt wird.

Ich war überzeugt, daß ein irgendwie anständiger Sozialismus nur gegen "die da oben" und mit einer Mehrheit "von unten" machbar sein würde. Ich habe mir aber nicht die Frage gestellt, was diese Überzeugung für die Machbarkeit einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen BRD bedeuten würde. Schließlich war ich kein unbeteiligter Beobachter. Ich hatte auch keinen Zugang zu einem Geschichtsfahrplan, der die Erreichbarkeit dieser oder jener historischen Verbindung fein säuberlich verzeichnet hätte. Wieweit die eigenen Ideen machbar waren - das war wohl nur durchs Machen herauszukriegen. Auf jeden Fall ging ich, sobald das dazugehörige Gerücht bis in mein mecklenburgisches Garnisionsdorf gedrungen war, ganz selbstverständlich zu den Leuten, die nicht nur von Basisdemokratie und Sozialismus redeten, sondern auch die Gefahren einer kapitalistischen Restauration benannten: Zur "Initiative für eine Vereinigte Linke in der DDR".

2. Was war die DDR – möglicherweise trotz und jenseits ihrer Selbst-Etiket-

¹ Politbürokratie und Hebelwirtschaft (Berlin 1997, hefte zur ddr- Geschichte Nr. 45)// Die Hebelwirtschaft der DDR - Zur Kritik einer moralischen Ökonomie (in: Bernd Gehrke /Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative, Münster 1999, S. 279-301)// Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhandanstalt. Zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland. (in: Stefan Bollinger (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Berlin 2004). Schließlich war ich an der Ausstellung beteiligt, die die Stiftung Haus der Demokratie 1999 produziert hat: "Der Kurze Herbst der Utopie. Berlin 1989." Zum zwanzigsten Jahrestag haben wir in diesem Jahr einen erweiterten Neudruck hergestellt, der - wie die erste Fassung - auch wandern wird.

tierung als "Sozialismus" – für die Menschen, und welche Konsequenzen hatte die jeweilige Interpretation dieser Gesellschaft? Hat sich die DDR bezüglich ihrer regierungsoffiziellen Selbsteinschätzung und ihrer Wahrnehmung in der Bevölkerung seit ihrer Gründung verändert? Hat sich Deine Einschätzung der DDR nach 1989 geändert, wenn ja wie?

Selbstverständlich haben sich parteioffizielle Selbsteinschätzung und die Wahrnehmung der DDR durch ihre Bevölkerung seit 1949 mehrfach und in verschiedene Richtungen verändert. Zwischendurch war die Parteiführung sogar mal so neugierig, daß sie eine amtliche Meinungsforschung in der DDR institutionalisierte - wenn an diese Arbeit nach 1979 auch nur im eingeschränkten Rahmen eines Institutes für Jugendforschung angeknüpft worden ist.²

In meiner Einschätzung der DDR wollte ich allerdings nie von Stimmungen und Meinungen, sondern mindestens beim Wesen der Sache beginnen. Ich war mir damals in jugendlichem Überschwang sicher, daß es sich auch bei der DDR um den Versuch einer Realisierung einer Arbeitsgeld-Utopie gehandelt habe. Das berühmte "Leistungsprinzip" - "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung!", das in jeder Wirtschaftsreform des Ostblocks und auch noch in den Debatten im Herbst '89 endlich irgendwie realisiert werden sollte – war schließlich die Gesellschaftsformel der Jünger Saint-Simons gewesen und von den Erzvätern des Marxismus wenig freundlich kommentiert worden.³ Auch in der "Kritik des Gothaer Programms" hatte Marx die Formel bewußt vermieden. Erst die Stalinsche Verfassung fügte sie in den offiziellen Marxismus ein – aber das haftete ihr nicht etwa als Makel an. Im Gegenteil wurde gerade das Eintreten für das Leistungsprinzip als geradezu antistalinistisches Bemühen um rationelle Wirtschaftsführung angesehen: Ein Hinweis darauf, daß die saint-simonistische Formel tiefe Wurzeln im Alltagsbewußtsein besitzt. Das Dogma, daß die Ware unmittelbar Geld oder die in ihr enthaltene Sonderarbeit des Privatindividuums unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, wird jedoch auch dadurch nicht wahr, daß ein Staat, eine Bevölkerung oder eine Partei daran glauben und ihm gemäß operieren. "Der Bankrott würde vielmehr in solchem Falle die Rolle der praktischen Kritik übernehmen."⁴ Aufhalten konnte den Bankrott nur ein besonderer politisch-moralischer Überbau. Die entsprechenden Konsequenzen des Leistungsprinzips hatten die Jünger Saint-Simons schon entwickelt: "An der Spitze des gesellschaftlichen Organismus stehen Obere. Ihre Aufgabe ist es, jedem um seinen – wie um der anderen Willen den Platz zuzuweisen, den er am besten ausfüllt."⁵

Mit meiner Ablehnung des Leistungsprinzips stand ich damals ziemlich alleine da und mußte sie erst einmal begründen. Später habe ich mit Hilfe des Konzepts der "moralischen Ökonomie" (E.P. Thompson) zu begreifen versucht, warum überhaupt ein theoretischer Fehler praktisch wirksam werden konnte. Die moralische Ökonomie der Arbeiterklasse ist kein widerspruchsfreier Gesellschaftsentwurf. Der Versuch ihrer Verwirklichung führt zu solchen Gegensätzen, wie sich in den

2 Peter Förster/ Günter Roski: DDR zwischen Wende und Wahl, Berlin 1990, S. 31ff; Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR, Köln 1993; Heinz Niemann: Hinterm Zaun, Berlin 1995.

3 Die saint-simonistische Lehre, in: Joachim Höppner, Waltraud Seidel- Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II, S. 144ff, besonders 158ff. Vgl. dagegen den Kommentar der Alten: MEW 3, S. 494.

4 MEW 13, S. 66ff; MEW 4, S. 98ff. Zur Herausbildung der dort diskutierten englischen Positionen vgl. E.P. Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Ffm. 1988, S. 880ff.

5 Joachim Höppner, Waltraud Seidel- Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II, S. 166

Gesellschaft des Ostblocks täglich gezeigt haben: Die DDR war eine moralische Ökonomie. Seitdem - also etwa seit Mitte der neunziger Jahre - halte ich nichts mehr davon, daß die Wirtschaft im Sozialismus "die Bedürfnisse der Gesellschaft" befriedigen soll. Denn die Frage ist doch: Wie kommen welche Bedürfnisse welcher Leute im Reproduktionsprozeß zustande? Und was heißt das für die Produktion? Eine instrumentelle Bestimmung von Ökonomie – die Ökonomie soll Mittel für einen vorgefaßten, selbstverständlich guten Zweck sein – schließt gerade die Subjektivität der Arbeitenden aus der Zwecksetzung der Produktion aus. Sie legitimiert die historisch vorgefundene, und an die vorhandenen Lebensbedingungen angepaßte alte Teilung der Arbeit in kommandierende und kommandierte Arbeit.⁶ Der DDR-Philosoph Lothar Kühne hat die kommunistische Gegenposition 1970 sehr prägnant formuliert: "Arbeit als Form der Subjektivität der Arbeitenden verlangt nicht nur deren bewußtes Verhalten zu den technischen und ökonomischen Bedingungen der Produktion, sondern beruht wesentlich auf dem bewußten und schöpferischen Verhalten zu den Zwecken der Produktion. Die Kritik der Bedürfnisse ist seine Voraussetzung."⁷ Veröffentlichen konnte er diesen radikalen Text nicht.⁸

3. Was waren die Gründe für den Zusammenbruch der DDR? War sie ökonomisch am Ende, wie immer behauptet wird, oder war sie eher politisch und/oder moralisch delegitimiert? Stimmt der Satz aus dem express 4/1990: "Die ‚konkrete Utopie‘ der meisten DDR-Bürger ist die BRD"?

Der Satz aus dem express stimmt nicht, da er eine Momentaufnahme für das Ganze nimmt: Erst in dem Maße, in dem im Herbst '89 die Ohnmacht der DDR und die Macht des Westens hervortrat, verschob sich die eigene Perspektive von der Suche nach einem sozialistischen Ausweg zu einem "Rette sich, wer kann." Die pro- und contra-Reaktionen auf den Aufruf "Für unser Land" markieren den Umschwung, Ende November/Anfang Dezember 1989. Der Aufruf wurde damals von über einer Million DDR-Bürger unterzeichnet – aber eine irgendwie mobilisierende Wirkung ging von ihm nicht aus. Tatsächlich waren sich schon die Erstunterzeichner über die praktischen Konsequenzen nicht einig gewesen. Aber auch später ging die Option für den Westen bei den meisten Leuten mit vielen Bedenken, Befürchtungen und einer ungeheuren Resignation einher: Wenn es schon nicht anders geht – wenigstens haben die im Westen eine effektive Wirtschaft, einen Rechtsstaat usw.

Die DDR war nicht deshalb am Ende, weil man Schulden von etwa 20 Milliarden DM aufgehäuft hatte. Sondern deshalb, weil man diese Schulden beim weltpolitischen Gegner aufgenommen hatte, dem der Ostblock nur unter Hintanstellung des individuellen Konsums seiner Bürger Paroli bieten konnte. Die seinerzeitige DDR - Führung war sich denn auch sicher, daß es sich bei der Anlehnung an die BRD um ein ökonomisch alternativloses Programm gehandelt hat. Noch vor der Öffnung der Mauer hatte sie ihre verzweifelte Situation vor dem Westen offen ge-

6 Vgl. dagegen Friedrich Engels im Anti-Dühring, MEW 20, S. 273ff.

7 Lothar Kühne, Über die Historizität des Subjektiven, hier zitiert nach der Wiedergabe in der Dissertation B, Bd. II, S. 5.

8 In der Quelle heißt es dazu: "Zur Hegelkonferenz der Humboldt-Universität zu Berlin 1970, eingereicht zum Protokoll." Veröffentlicht wurde nur der etwas weniger zugespitzte Text: Ökonomie und Politik in der sozialistischen Gesellschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der HUB, Gesellschafts-Sprachwissenschaftliche Reihe XIX (1970) 5.

legt. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland in konvertierbarer Währung betrug 1989 etwa 13 - 14 Mrd. US- Dollar. Die Planer sahen die Zahlungsunfähigkeit des Landes in wenigen Jahren voraus. Die von Planungschef Schürer, Außenhandelsminister Beil, KoKo-Chef Schalck-Golodkowski, Finanzminister Höfner und Statistikchef Donda erarbeitete "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vom 30.10.89 hielt die soziale und ökonomische Lage nur noch unter Nutzung milliardenschwerer Kredithilfen aus dem Westen für beherrschbar.⁹ In einem Gespräch mit Rudolf Seiters, dem Chef des Bundeskanzleramtes, und Wolfgang Schäuble trug Schalck-Golodkowski am 6. November die Vorstellungen der DDR über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Es ging wesentlich um neue Kredite in Höhe von insgesamt 10 bis 15 Mrd. DM.¹⁰ Die Ablehnung des Bundeskanzlers erfolgte am 8. November öffentlich im Deutschen Bundestag: "Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird."¹¹ Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war - nach dem faktischen Zusammenbruch des Ostblocks im Sommer 89 (SU, Polen, Ungarn) - jene innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. Ein absurder Widerspruch, dessen Lösung Schalck-Golodkowski vorweg nahm, als er sich am 2. Dezember unter den Schutz der Bundesrepublik stellte.

4. War der Umbruch von 1989 nach Deiner Einschätzung eine Revolution?

Nein. Drei zentrale Ergebnisse dieses Umbruchs, die bis heute die Weltpolitik bestimmen, machen das deutlich:

a) 1989/90 entschied sich, daß es keinen emanzipatorischen Aufbruch in den Ländern des Ostblocks geben würde. Nicht die Streikbewegungen von Workuta bis zum Kusbass und die Sowjets der Arbeitskollektive gestalteten das Ende der Gorbatschowschen Perestroika, sondern die Politbürokratie machte sich auf den Weg der Privatisierung. Die letzten Vertreter des Selbstverwaltungs-Programms der Solidarnosc waren so demoralisiert, daß sie im polnischen Parlament (wie auch die Vertreter der alten Staatspartei PZPR) dem Balcerowicz-Plan einer marktwirtschaftlichen Schocktherapie zustimmten. Und der nationalistische Aufbruch bildete von Tallinn bis Skopje, von Berlin bis Baku die Form, in der die Unterordnung unter den Weltmarkt als Befreiung gefeiert werden konnte.

b) Parallel brach mit dem Ostblock für relevante Teile von Befreiungsbewegungen im Trikont der weltpolitische Bündnispartner weg. Zwischen dem ersten und

⁹ Abgedruckt in: DeutschlandArchiv 10/92, S. 1112ff. Siegfried Wenzel hat die Konsequenzen schlüssig formuliert: "Zwischen den Grundgedanken der Analyse der ökonomischen Lage [vom 30.10.89. - d.A.] und den Hauptlinien der Politik der Regierung Modrow – Kurs auf eine ökonomisch verpflichtete, soziale Marktwirtschaft, Vertragsgemeinschaft DDR- BRD, Deutschland einig Vaterland als Ziel – ergibt sich ein deutlicher innerer Zusammenhang." (Ansichten zur Geschichte der DDR 6, S. 162).

¹⁰ Merkwürdigerweise beziehen sich Veröffentlichungen über dieses Treffen bisher nur auf die Überlieferung der DDR-Seite (Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls, Berlin 1996, S. 107f). Die umfängliche Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes (Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, München 1998) enthält neben einem Hinweis (S. 55) nur ein Protokoll über die anschließende Besprechung der Staatssekretäre über deutschlandpolitische Fragen am 6. November, in der "Die von der DDR übermittelten Vorschläge und Wünsche" diskutiert wurden (S. 482ff). Vgl. auch den Vermerk Schalck-Golodkowskis vom 7. XI. 1989 (Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2, Berlin 1992, S. 394f).

¹¹ Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 491.

zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Brasilien 1989 lag der Fall der Mauer in Berlin. Im ersten Wahlgang lag Lula als Kandidat der Arbeiterpartei PT noch vorn, im zweiten Wahlgang wurde er mit einer antikommunistischen Kampagne an die Wand gespielt. Im Februar 1990 verloren die Sandinisten die Wahlen in Nicaragua. Und damals ging es nicht um ein reformistisches Projekt, daß sich mangels anderer Bewerber um den Titel "Sozialismus des XXI. Jahrhunderts" nennen kann, sondern um einen sozialrevolutionären Aufbruch.

c) Schließlich hat der Rückzug der Sowjetunion von der weltpolitischen Bühne den USA und ihren Verbündeten Räume eröffnet, deren Umgestaltung die Weltpolitik bis heute prägt: Ohne die Kapitulation der UdSSR kein erster Irakkrieg 1991 und keine Talibanisierung Afghanistans.

Wie gründlich der Westen den Kalten Krieg gewonnen hat, das zeigt sich heute wieder in der frappierenden Harmlosigkeit der aktuellen linken Krisenpolitik: Weder werden Gegner der eigenen Vorschläge in den eigenen Vorhaben berücksichtigt, noch wird die Beschränkung der Forderungen auf den konsumtiven Bereich als Problem erkannt. Selbst auf das Ziel einer demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der ganzen Wirtschaft wird weitestgehend verzichtet.

Wenn 1989 eine Revolution war, dann war es eine halbe Revolution, der eine ganze Konterrevolution gefolgt ist.

5. Während der "Wende" gab es einige bekannte Auseinandersetzungen (z.B. Bischofferode), in denen Belegschaften sich gegen ihre Abwicklung zur Wehr gesetzt haben. Doch im Normalfall schienen die Werktätigen eher darauf gesetzt haben, dass die Kapitalisten aus dem Westen die Betriebe modernisieren und ihnen eine Zukunft bieten. Kann man daraus schließen, dass das erklärte Volkseigentum den Produzenten wenig galt? Wie würdest Du das Verhältnis der Beschäftigten zu ,ihren' Betrieben beurteilen? Hat es 1989 innerhalb der Belegschaften noch oppositionelle Traditionen der Arbeiterbewegung gegeben, die die Möglichkeit eröffnet hätten, die DDR in einem sozial-emanzipatorischen Sinne zu verändern oder waren diese Traditionen schon vorher zerstört worden.

Die entschiedeneren betrieblichen Konflikte haben sich nach dem Beitritt und dort entwickelt, wo – wie in Bischofferode – die Belegschaften davon ausgingen, eine marktwirtschaftliche Chance zu haben. Das waren aber Ausnahmen. Insgesamt gab es an der geringeren Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft keinen Zweifel. Und die Kolleginnen und Kollegen konnten an ihrem Arbeitsplatz sehen, woran das lag. Wer aber will eine marode Bude in Selbstverwaltung übernehmen? Es hat dafür wohl nicht an Traditionen gefehlt, sondern an Investitionsmitteln.

6. Welche Bedeutung hatten die Betriebe gesellschaftlich und für die Individuen in der DDR? Wirkt sich das noch heute aus? Was kann man über die Bewusstseinslage der Belegschaften in der DDR, 1989 und dann danach sagen? Was war die DDR für die Beschäftigten? Was hieß eigentlich Klasse in der DDR?

Was in der DDR offiziell Klasse hieß und zur Grundlage praktischer Politik gemacht wurde, darüber haben ihre Kabarettisten selbst auf offiziellen Bühnen manchen Witz gemacht. Tatsächlich war es nicht soviel anders als in anderen

modernen Gesellschaften: Es gab soziale Gruppen, deren soziale Ungleichheit durch die Stellung im Arbeitsprozeß definiert wurde und im Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion systematisch erhalten blieb. Selbst die DDR-Soziologen haben in den siebziger und achtziger Jahren eine zunehmende Selbstreproduktion der Klassen und Schichten festgestellt. Die Mobilisierung von proletarischen Kadern zur Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft war vorbei.¹²

Das resultierende Selbstverständnis der Arbeitenden hat einer von ihnen klassisch, in einer m.E. auch für die DDR gültigen Weise während der berühmten Diskussion mit Gierek und Jaroszewicz auf der Werft in Szczecin 1971 ausgedrückt: "Wir werden arbeiten, so gut wir können, und Ihr regiert, so gut Ihr könnt."¹³ Man bedenke, daß dieser Vorschlag einer einvernehmlichen Arbeitsteilung in kommandierte Arbeit und Arbeit des Kommandierens nicht in einer Situation der Unterwerfung formuliert wurde, sondern in einer Situation der offenen Rebellion, im besetzten und blockierten Großbetrieb, in den Partei- und Regierungschef nur ohne ihren Anhang eingelassen wurden.

7. Welche Rolle spielten die Betriebe in den Umbrüchen 1989? Gab es eine betriebliche Opposition? Welche betrieblichen Erfahrungen spielten in den Umbrüchen 1989 eine Rolle? Wieso gab es 1989 so wenige Streiks, wie kam es im Herbst 1989 dann doch zu der Forderung nach einem Generalstreik, und warum kam dieser nicht zustande? Was ist aus der IUG geworden?

Ich denke, die Betriebe hatten 1989 eine zentrale Funktion als Ort der Kommunikation: Vom Gespräch am Arbeitsplatz bis zu den Konflikten um die Nutzung der Wandzeitungen in den einzelnen Abteilungen, den Zugriff auf Betriebszeitungen, das Radio usw. Zu den betrieblichen Konflikten selbst liegt mit der Publikation von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen eine Menge kaum analysiertes Material vor.

Dort findet sich auch eine Diskussion zu dem so legendären wie verunglückten Generalstreik-Aufruf aus Karl-Marx-Stadt vom 2.12.1989. Es handelte sich um eine individuelle Aktion, die bezeichnender Weise nach der "massive(n) Reduzierung des Parteiapparates" und der "Abschaffung der Kampfgruppen und drastische(n) Reduzierung des Inlandanteils des Amtes für Nationale Sicherheit" unter 3. forderte: "Einleitung sofortiger konkreter Schritt zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft." Der Initiator, Dr. B., gehörte denn auch zu den Gründern der "Deutschen Forumpartei", die aus dem "Neuen Forum" heraus in ein Bündnis mit der FDP strebte. Auf dieser Grundlage war eine proletarische Klassenbewegung schwerlich zu bilden.

8. Wichtiger Akteur der Wende 1989 in der DDR war die Bürgerbewegung,

¹² Heike Solga, Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Postulates sozialer Gleichheit. In: Johannes Huinink u.a., Kollektiv und Eigensinn, Berlin 1995.

¹³ Rote Fahnen über Polen. Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst. München 1972, S. 102. Es handelt sich dabei um die deutsche Übersetzung des Tonbandprotokolls der Diskussion in deutscher Sprache liegt auch die informative, wenngleich historisch nicht ganz zuverlässige Einleitung zur italienischen Ausgabe vor (Rossana Rossanda: Gierek und die polnischen Arbeiter, in dieselbe, Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch. Frankfurt/M. 1975.) Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge findet sich in Lujan Adamczuks Referat auf dem VI. Soziologenkongreß Polens (Rewolta szczechzinska. Analiza sociologiczno-historyczna; Lodz 1981. Abgedruckt mit Dokumenten in Piotr Marciniak/ Wojciech Modzelewski: Studia nad ruchami społecznymi t. II, Warszawa 1989, S. 43-112)

die mit dem Slogan "Wir sind das Volk" zu großen Demonstrationen gegen die damaligen DDR-Autoritäten mobilisieren konnte. Wie hast Du an diesen Aktionen teilgenommen? Später wurde daraus dann die Parole "Wir sind ein Volk". Wie bewertest du den Übergang von der ersten zur zweiten Losung? War dies nur folgerichtig, oder drückte es eine veränderte Orientierung aus?

Teilgenommen habe ich am 7. Oktober 1989 erst einmal an der Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR – und an den Diskussionen, die wir in unserem Truppteil zu dieser grotesken Veranstaltung hatten. Am Abend des gleichen Tages habe ich mir mit einigen anderen Leuten von uns bei den Nachrichtenleuten im Paradedstützpunkt Friedrichsfelde die Bilder des Westfernsehens zu den Demonstrationen in Berlin angeschaut: Die Nachrichtenleute kannten uns nicht und haben trotzdem nicht umgeschaltet. Zurück in Mecklenburg haben wir sehr unparteiisch alles Material oppositioneller Gruppen, das etwa in der Kirche in Sternberg oder in Schwerin zu kriegen war, in der Kaserne herumgereicht und diskutiert: Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch, die Sozialdemokraten, Neues Forum. Ende November fuhr ich zum ersten Arbeitstreffen der VL nach Berlin und habe dann etwa ein Jahr in der VL-Mecklenburg gearbeitet, zunächst neben dem Rest meines Militärdienstes, dann parallel zur Arbeit als Krankenträger im Kreiskrankenhaus Neustrelitz.

Wer den Ruf "Wir sind das Volk!" aufgebracht hat, weiß wohl keiner. Die Staatsicherheit hat ihn am 8. Oktober bei einer Demo in Dresden erstmals notiert. Sicher ist dagegen, wann erstmalig die Losung "Wir sind ein Volk" auftauchte – allerdings mit einer ganz anderen Bedeutung. Im Flugblatt der Leipziger Oppositionsgruppen Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Menschenrechte und Arbeitsgruppe Umweltschutz hieß es am 9. Oktober '89 nach Mahnungen zur Gewaltlosigkeit, die an die Demonstranten gerichtet waren: "An die Einsatzkräfte appellieren wir: Enthaltet Euch der Gewalt! Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt! **W i r s i n d e i n V o l k !** Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!"

Die Orientierung auf den Anschluß an den Westen war eine massive Veränderung auf allen Ebenen, da haben sich Demonstrationen gewandelt und politische Organisationen und Menschen tief im Grunde ihrer Seele – und zugleich folgerichtig, wenn wir die Gesamtheit der Ereignisse und der Kräfteverhältnisse in den Blick nehmen.

9. Was war die Rolle des FDGB in der DDR und spielte er eine Rolle für die Opposition? Wie ist die Fusion der FDGB-Gewerkschaften mit den West-Gewerkschaften gelaufen? (Übernahme der Karteikästen? Fusion, Eintritt oder Beitritt? Umgang mit vorhandenem Personal, mit den Häusern und Geldern ... ?) Welche Strategie hatten die West-Gewerkschaften, und wie traten diese ihren KollegInnen im Osten gegenüber auf? Welche Überlegungen gab es zu etwas Neuem – jenseits von FDGB und DGB (z.B. IGB, UGB - gab es noch andere?) Warum haben diese sich nicht durchsetzen können?

Zur Entwicklung des FDGB hat 1989/90 eine Gruppe um Theo Pirker von Westberlin aus geforscht. Das Material ist hochinteressant, wird aber mangels Interesse an der Sache kaum gelesen. Die VL war für eine Kooperation mit Leuten in

FDGB- Strukturen offen und hat dabei auch sinnvolle Kontakte geknüpft. Nur war es hier ähnlich wie bei vielen Menschen aus der SED: Man hat sie aus ihrer Staatsfixiertheit, aus ihrer Gemeinwohl-Orientierung einfach nicht herausbekommen.

Das Interessanteste am FDGB ist vielleicht sein Ende. Er hatte im März 1990 Protestaktionen im Vorfeld der Währungsunion organisiert. Das Motto war: "Wir sind ein Volk: 1:1!" Dafür hatte der FDGB nicht nur Bündnispartner gefunden, sondern für einen entsprechenden Umtauschkurs am 5. April hunderttausende auf die Straßen bekommen. Doch Ende April erklärte der DGB, daß ein Zusammenschluß mit dem FDGB nicht in Frage komme. Anfang Mai entmachtete ein Sprecherrat aus den DDR-Industriegewerkschaften den Dachverband und sprach sich für den direkten Anschluß an ihre westdeutschen Partner aus.

Der DGB seinerseits hatte sich schon früh festgelegt. Anfang März 1990 stellte der DGB-Bundesausschuß seine positive Position zur deutschen Einheit vor Und noch pünktlich vor den ersten bürgerlichen Wahlen in der DDR traten am 12. März 1990 der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit und der Vorsitzende der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, vor die Presse und verkündeten die Notwendigkeit einer marktwirtschaftlichen Umgestaltung der DDR. Die Institutionen der Arbeitsbeziehungen sollten in der DDR zwar nach westdeutschem Vorbild eingerichtet werden, zugleich einigte man sich mit großer Selbstverständlichkeit auf die Notwendigkeit besonderer Tarifgebiete in Ostdeutschland, in denen "das Lohnniveau zunächst noch deutlich unter dem bundesdeutschen Standard liegen" werde. Die sozialpartnerschaftliche Einführung der "Sozialen Marktwirtschaft" sollte – nach Auffassung der Gewerkschaften – eine Niedriglohnkonkurrenz im eigenen Land "gleich hinter Wolfsburg" (Franz Steinkühler) verhindern. Tatsächlich wurde mit dem Kompromiß der Übertragung westdeutscher Institutionen und der gleichzeitigen Errichtung einer Sonderwirtschaftszone Ost die Möglichkeit geschaffen, das gesamte System der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik aus den Angeln zu heben.

Damit ist auch geklärt, warum sich andere Optionen 1989/90 nicht durchsetzen konnten: anders als die Befürworter von Kapitalismus und "Wiedervereinigung" hatten sie keine mächtigen Verbündeten, weder im Osten noch im Westen.

10. Wenn man heute als Besucher durch die östlichen Bundesländer fährt und seine Eindrücke mit denen aus den 70er oder 80er Jahren vergleicht, ergibt sich ein gemischtes Bild. Man läuft durch aufgemotzte Innenstädte, gegen die die alten DDR-Fassaden trostlos und ärmlich wirken, und auf den ersten Blick erkennt man keine Unterschiede zu vergleichbaren Orten im Westen. Doch gleichzeitig beträgt die Erwerbslosigkeit im Osten durchschnittlich fast das Doppelte der in den westlichen Bundesländern und der Exodus in die alte BRD hat zu ausgestorbenen Gebieten geführt. Auch sind Armutslöhne im sog. Beitrittsgebiet besonders vertreten. Wie beurteilst du Fortschritte und Rückschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung? Gibt es letztere nur in Bezug auf die BRD oder auch in Bezug zur DDR?

Ich verstehe die Fragen nicht so ganz: Welche Fortschritte für wen? Das deutsche Kapital hat sich im Osten eine historisch beispiellose industrielle Reservarmee zugelegt, finanziert nicht zuletzt durch die Sozialversicherungsbeiträge der

westdeutschen abhängig beschäftigten Klassengenossen: Statt Sozialismus in einem Land gab es nun »Sozialismus in einer Klasse«. Als der Osten unter Kontrolle war, hat man die massive Investitionsförderung 1996/97 eingestellt und sich – erfolgreich – wieder auf die Eroberung der Weltmärkte geworfen. Herausgekommen ist im Osten eine ökonomisch vom Rest der Republik abhängige Provinz und im Westen eine Stagnation, ja eine Absenkung der Realeinkommen für die Mehrheit der abhängig Beschäftigten.

Es gibt große Bereiche, wo sich die Lebensbedingungen in der Ex-DDR verbessert haben: bessere Medikamente und Medizintechnik, deutlich weniger Umweltverschmutzung, eine sanierte Infrastruktur, sanierte Wohngebäude. Aber: Würdet ihr ähnliche Veränderungen in den Lebensbedingungen etwa des Ruhrgebietes über die letzten dreißig Jahre auch als "Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung" thematisieren? Ist das nicht eher der Normalfall kapitalistischer Entwicklung?

11. Empfindest du die Bundesrepublik nach wie vor gespalten und wenn ja, woran machst du das fest?

Das ganze Programm des Anschlusses an den Weltmarkt war ein Projekt gesellschaftlicher Spaltung, wie im Jahr 1990 den Beteiligten auch bewußt war. So rechtfertigte Richard Schröder, der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Volkskammer, am 9. Juni auf dem Hallenser Parteitag der DDR-SPD die Koalitionsvereinbarung zur de Maiziere-Regierung folgendermaßen: "Der zweite Vorwurf lautet, Warum habt ihr auf das Innenministerium verzichtet? Manche haben in diesem Zusammenhang haltlose Verdächtigungen gegen Markus Meckel erhoben. Ich weise sie aus meiner Kenntnis der Sachlage entschieden zurück. Die Sache war so: wir haben in der Vorverständigung der Neunergruppe entschieden, das Innenministerium nicht vorrangig anzustreben, und zwar aus einer geschichtlichen Erinnerung: Noske. Wir wollten nicht das Oberkommando über die Polizei haben, wenn es in diesem Land zu sozialen Unruhen kommen sollte. Andererseits ist uns das Innenministerium in den Verhandlungen selbst nie angeboten worden. So war es und nicht anders. Wohl aber ist uns ein Staatssekretär angeboten worden. Wir sind jetzt beim dritten Versuch, diesen Posten zu besetzen und hoffen, in der nächsten Woche endlich zum Erfolg zu kommen. Denn wir wollen uns auch an dieser Stelle nicht vor der Verantwortung drücken."

Der Text zeigt nicht nur die prägende Kraft längst vergangener historischer Situationen - 1990 gab es keine revolutionäre Arbeiterbewegung, die gewaltsam niedergekämpft werden mußte - sondern auch die Entschlossenheit, um jeden Preis die Ankunft im bürgerlichen Normalzustand zu verteidigen.

Aber jede Klassengesellschaft ist in sich gespalten. Die Frage zielt wohl mehr auf die besondere regionale Spaltung in Ost und West. Und die gibt es. Um das zu sehen reicht es zu betrachten, wieviel Eigentum in welchen Landesteilen vererbt werden kann. Da unterscheiden sich dann Ost und West noch deutlicher als bei den Einkommen.

Es gibt aber auch noch andere Spaltungen. So hat die VL Dresden 1990 ein Flugblatt herausgebracht, in dem vermeintlich kritisch angefragt wurde, ob die DDR-Bürger im neuen großen Deutschland die Rolle der Türken einnehmen sollen – die Rolle der schlecht bezahlten Arbeiter für die dreckigen Jobs. (Günther Wall-

raffs "Ganz unten" ist auch in der DDR gedruckt worden.) Die VL Dresden wurde dafür von anderen VL-Gruppen scharf kritisiert und das Flugblatt zurückgezogen. Tatsächlich haben die Ostler auf dem Gesamtberliner Arbeitsmarkt bis Ende der neunziger Jahre die Migranten weitgehend aus dem Feld geschlagen. Der Rückzug in die Verbindungen der türkischen Community ist auch ein Ergebnis dieser Veränderungen.

12. In der DDR gab es anders ausgeprägte gesellschaftliche Einrichtungen, die auch das zivile Leben mitgeprägt haben, z.B. im Bildungswesen, in der Gesundheitsbetreuung oder auch in der Organisation des nachbarschaftlichen Lebens. Sind diese Einrichtungen nach westdeutschen Standards geschliffen worden oder haben sie auf bestimmte Weise bis heute überlebt? Wenn ja, was hat es für Auswirkungen auf das Gesellschaftsverständnis des Einzelnen in der Gegenwart?

Es gibt noch Erinnerungen an verschiedene Institutionen, aber kaum einen praktischen Bezug: Die Polikliniken wurden aufgelöst, das System niedergelassener Ärzte zwangsweise eingeführt – das kann man nicht einfach rückgängig machen, schon wegen der Investitionskosten für die Arztpraxen. Im Bildungswesen halten die Finnen die verschiedenen deutschen Besucher inzwischen wahrscheinlich für etwas irre, haben sie sich doch selbst vor Jahrzehnten an einem deutschen, dem DDR-deutschen System orientiert. Aber selbst die Berliner Linkspartei.PDS warb im letzten Landeswahlkampf 2006 mit dem Slogan "skandinavisch schlau" – nicht etwa mit dem Bezug auf die DDR. Nur in Bezug auf Sparmaßnahmen – das Abitur in 12 Jahren, die Zusammenlegung der Schulformen jenseits des Gymnasiums – gibt es positive Bezüge auf die DDR. Ein weiteres Beispiel: Anfang der neunziger Jahre gab es in Mecklenburg ganze zwei Gesamtschulen, eine davon kannte ich ganz gut. Diese Schule warb damit, daß sie innerhalb ihrer Einrichtung mit A-, B- und C-Klassen das dreigliedrige Schulsystem perfekt nachbilden könne.

Das Überleben alter Strukturen ist nur eingeschränkt möglich, da gerade junge Leute die ostdeutschen Länder verlassen. Der wichtigste, spezifisch ostdeutsche Sozialverband ist die Volkssolidarität. Sie ist größer und stabiler als selbst der Arbeitslosenverband.

Es gibt eine Einrichtung, die aufgrund ihrer kapitalistischen Möglichkeiten das Ende der DDR überlebt hat: die LPG. Die Landwirtschaft in Ostdeutschland ist deutlich anders strukturiert als im Westen. Allerdings betrifft das zwar große Flächen, aber wenig Leute, der nötigen Effizienz wegen.

13. Durch die Politik der Treuhand und der Bundesregierung kam es zur Demontage eines wesentlichen Teils der industriellen Kapazitäten der DDR, die nicht durch vergleichbare industrielle Neuansiedlungen ausgeglichen wurde. Welche Auswirkung hat dies auf die Sozialstruktur in den neuen Ländern, insbesondere auf Klassenstrukturen und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse im Osten?

Für die Sozialstruktur bedeutet die Deindustrialisierung zunächst eine massive Migration aus den neuen Ländern heraus, die noch durch das Pendeln, auch auf große Entfernungen, ergänzt wird. Die Leute, die bleiben, wissen, daß sie von den Transfers des erfolgreichen Westens abhängig sind – egal, ob es sich um

Sozialleistungen oder die Finanzierung der gewerkschaftlichen Arbeit handelt. Eigenständige politische Bewegungen haben es daher äußerst schwer.

14. Die bereits in der DDR vorgefundenen neofaschistischen Strukturen sind mit Hilfe von Neonazi-Kadern der alten Bundesrepublik nach der Wende auf erschreckende Weise stabilisiert und ausgeweitet worden. Welche Gefahren siehst du in dieser Entwicklung und wie können hier erfolgreich Dämme gebaut werden?

Vor ein paar Jahren, 2001, haben wir anlässlich einer Konferenz zu diesem Thema im Berliner "Haus der Demokratie" eingeschätzt, daß die rechte Szene im Osten längst zivilgesellschaftlich verankert ist. Inzwischen hat die NPD diese Verankerung auch in Wahlerfolge umsetzen können. Es ist ein Zeichen der Schwäche, daß ohne staatliche Programme eine kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich kaum möglich ist. Nun sollte man keinen bürgerlichen Demokraten aus der Verpflichtung zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der Menschenrechte entlassen – doch wie in der Flüchtlingsarbeit ständig zu merken, hat das seine Grenzen.

A und O der antifaschistischen Arbeit ist der Aufbau von überlebens- und konfliktfähigen Organisationen, die vor Ort sozial verankert sind. Die Linkspartei und Staatsknete sind dabei manchmal eher Teil des Problems als der Lösung: Weil die Annahme der Unterstützung die nötige soziale Konfliktorientierung ausschließt.

15. Die Linkspartei ist im Osten stärker vertreten als in den westlichen Bundesländern, doch neigen ihre Repräsentanten noch stärker zu einer Politik der Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse als die aus der WASG und linken Gruppen entstandenen Westverbände. Die Zahl derjenigen, die sich eine Rückkehr der DDR wünschen, hat in Umfragen nie die 20%-Marke überschritten. Auch sind nicht wenige der durch die Medien bekannt gewordenen Aktivisten der Bürgerechtsbewegung konservativ geworden. Wo siehst du die noch vorhandenen oder neu entstehenden emanzipativen Kräfte in den neuen Ländern, die sich heute gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen und über den kapitalistischen Status quo hinaus zu denken bereit sind?

Die tendentiell positivere Einschätzung der West-Verbände der LINKEN teile ich nicht. Wenn es zum Schwur kommt – wie in der Frage des Berliner Wahlantritts 2006 auf dem WASG-Parteitag in Leverkusen – dann sind alle linken Stimmungen Makulatur und die Führung hat recht. Zudem durchläuft die Partei im Westen im Eiltempo einen Prozeß der parlamentarischen Etablierung auf allen Ebenen, der sich in entsprechenden politischen Rücksichtnahmen niederschlägt.

Insofern ist das Problem für unabhängige Linke in Ost und Westen nicht wirklich verschieden: Welche Leute sind bereit und – für wie lange? – in der Lage, ohne Trittbrettfahrerei bei dieser oder jener Großorganisation die nötige Arbeit zu machen? Man könnte deshalb die Frage einfach zurückgeben: Wo sieht ihr die noch vorhandenen oder neu entstehenden emanzipativen Kräfte in den alten Ländern, die sich heute gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen und über den kapitalistischen Status quo hinaus zu denken bereit sind? – Aber ihr müßt Euch keine Gedanken über die komplizierte Antwort machen. Denn unabhängige Ostlinke ha-

ben sich seit 1989 Gedanken über die Westlinke machen müssen und einen zumindest durchschnittlichen Kenntnisstand über das westdeutschen Groß- und Kleingruppenwesen erreicht. Umgekehrt gilt ähnliches, wie wir alle wissen, nicht. Leider.

Sebastian Gerhardt, 16.08.2009

-

Erstveröffentlichung: express 9-10/2009 bzw. in: Ränkeschmiede No. 20, "Einblick auf ein verborgenes Terrain. Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989", Frankfurt/M. August 2010